

Welche Rolle spielen soziale Medien in Protestbewegungen?

Mitteilung: Universität Hildesheim

Virtuell mitfühlen und organisieren: Wie tragen Twitter, Facebook und Co zur inhaltlichen Debatte während Protestbewegungen bei? Nachgefragt bei Professorin Marianne Kneuer von der Arbeitsgruppe „Politik und Internet“. Analysen der Politikwissenschaftlerin zeigen, dass soziale Medien überwiegend genutzt werden, um Protest zu organisieren. „Die Erwartung, dass soziale Medien neue Räume für inhaltliche Debatten eröffnen, lässt sich nicht bestätigen“, so Kneuer. Das Gespräch führte Isa Lange.

Isa Lange: Mit Twitter, Facebook, whatsapp und Blogs kann sich scheinbar jeder mit jedem auf globaler Ebene vernetzen. Sie haben sich das näher angeschaut und untersucht, wer sich zu Wort meldet und wie während der weltweiten Finanzkrise seit 2011 unter anderem in Deutschland, Großbritannien und den USA, Spanien und Portugal kommuniziert wurde. Was beobachten Sie? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Protestbewegungen und der Nutzung sozialer Medien?

Marianne Kneuer: Die Protestbewegungen von 2011 wurden vorschnell als neues Phänomen globalen Aktivismus betrachtet. Die Proteste in Südeuropa und vor allem die Occupy-Bewegung schienen die globale Antwort auf ein globales Problem zu sein, nämlich die Banken- und Finanzkrise. Immer schon gehegte Hoffnungen in das Entstehen einer globalen Bürgerschaft schienen mit dem transnationalen Medium umsetzbar: das Internet als Katalysator für den Weltbürger, der nicht nur Informationen teilen, sondern sich als Teil einer (größeren) Gemeinschaft fühlen und letztlich Teilnehmer von gemeinsamen Aktionen werden kann. Durch Vernetzung, Echtzeit-Kommunikation und Interaktivität schien der Weg zu globalem Engagement bereitet.

Unsere Untersuchung zeigt: Tatsächlich waren die Beiträge im Netz deutlich weniger transnational ausgerichtet als vermutet. Die transportierten Botschaften beziehen sich überwiegend auf nationale Belange. Das schließt freilich nicht aus, dass die einzelnen Bewegungen untereinander stark vernetzt waren und sich gegenseitig wahrgenommen und ausgetauscht haben. Dennoch bezogen sich die Gegenstände der Beiträge – ob Wort, Bild, Link – auf nationale Kontexte. Globale Akteure – wie IWF und Weltbank – oder Themen wurden dagegen kaum adressiert. Auch die Reaktionen der Nutzergemeinde (likes, shares und comments) blieben überwiegend im nationalen Raum. Eine transnationalisierte Kommunikation als Weg, um sozusagen eine globale Antwort auf die globale Banken-, Finanzkrise und ihre Folgen zu formulieren, ist somit nicht zu erkennen.

Isa Lange: Welche Funktion genau haben soziale Medien während der Proteste nach der Finanzkrise gespielt? Tragen sie zur inhaltlichen Debatte bei?

Marianne Kneuer: Legt man die Erwartung zugrunde, dass soziale Netzwerke den Raum für breite inhaltliche Debatten, für die Erarbeitung oder Diskussion von Lösungsvorschlägen bieten, so wird man eher ernüchtert, denn bei der von uns untersuchten Online-Kommunikation in den Protestbewegungen dominierte auf Facebook das „liking“ und auf Twitter das „retweeting“.

Die anspruchsvollere Möglichkeit von Kommentaren wurde dagegen bei beiden Plattformen am wenigsten genutzt. Ein virtueller Raum öffentlicher Beratschlagung (Deliberation) entstand nicht. Überhaupt dominierten auf den untersuchten Facebook- und Twitter-Seiten 2011 nicht die politische inhaltliche Auseinandersetzungen, sondern organisatorische Aspekte; diese wiederum meist mit lokalem Bezug.

Und auch die Verbreitung von Emotionen oder Symbolen und die Mobilisierung von Aktivist*innen spielten eine wichtigere Rolle als Debatten. Das muss nicht heißen, dass keine programmatischen und inhaltlichen Diskurse in den Protestbewegungen existierten. Wenn, dann aber möglicherweise in kleineren Kreisen oder in geschlossenen Foren. Das aber spräche gegen das Aufkommen einer globalen Öffentlichkeit, denn nur solche auf Grund ihres breiten Vernetzungsgrad relevanten sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter könnten für eine entsprechende Verbreitung sorgen.

Isa Lange: Wie stark werden Symbole und Emotionen verbreitet, zum Beispiel Gefühle wie Empörung über Banken oder auch Verunsicherung mit dem politischen System und seinen Reaktionen auf die Finanzkrise?

Marianne Kneuer: Wir hatten erwartet, dass sich der stark emotionale Charakter der Empörungsbewegung – Wut, Enttäuschung, Empörung – deutlich in den Inhalten der Online-Kommunikation niederschlägt. Das war insgesamt weniger der Fall als erwartet. Sowohl bei Facebook als auch bei Twitter gehören ausschließlich emotionsbezogene Inhalte weniger zur Kommunikation als organisatorische Fragen und sogar als inhaltlicher Diskurs. Interessant aber war, dass vielen der Beiträge, die sich zuvorderst organisatorischen Fragen widmeten, oder teilweise auch inhaltlichen Beiträgen Emotionen beigemischt waren.

Isa Lange: Ist denn ein like oder ein retweet zu „schwach“, um diese Funktion der politischen Teilhabe und Mitgestaltung zu erfüllen? Immerhin werden Informationen verbreitet – schnell, ungefiltert können sie viele erreichen.

Marianne Kneuer: Dazu drei Punkte: Erstens – Wir bezeichnen die Protestbewegungen von 2011 als „hybride Phänomene“. Damit meinen wir, dass diese Bewegungen am meisten Wirkungskraft entfalteten, als es sowohl die physische Präsenz der Zeltlager und Demonstranten gab als auch der virtuelle Protestraum im Netz genutzt wurde. So lautet eine Interpretation der niedrigen Nutzung sozialer Medien für Diskurs, dass Diskurs in den Zeltlagern, den Versammlungen und Kommissionen stattfand und dass dort auch die affektive Seite durch das Zusammenleben und Erleben des Protests abgedeckt wurde. Unsere Ergebnisse bestätigen dies: Vor allem die Veränderungen im Zeitverlauf (von 2011 zu 2012) zeigen eine Verlagerung von dem realen in den virtuellen Raum. Während 2011 noch die organisatorischen Aspekte im Vordergrund standen, nahmen 2012 sowohl diskursorientierte als auch affektiv-symbolische Inhalte in 2012 zu. Wir sehen darin eine Transformation der Empörungsbewegungen von dem „heißen“ Protestjahr 2011 in die Nachfolgezeit. Es scheint sehr plausibel, dass der 2011 noch hybride Charakter der Empörungsbewegungen, nämlich als gleichermaßen analoger wie digitaler Aktivismus, sich 2012 ohne die physische Präsenz der Demonstrationen und Zeltlager zu einem stärker digitalen Aktivismus veränderte.

Zweitens – Wir müssen das Bild, das wir von der Nutzung sozialer Medien in Protestbewegungen haben, möglicherweise einer Realitätsanpassung unterziehen: Soziale Medien dienten zwar dazu, organisatorische Hinweise zu geben, auf Diskurse hinzuweisen oder in der Kombination mit affektiven Botschaften Emotionen zu verbreiten. Die jeweiligen Reaktionen auf die einzelnen Posts bilden jedoch nur die Teilnahme einiger weniger, dafür sehr aktiver User ab. Andere Follower, vermutlich die Mehrheit, nutzten die Plattformen lediglich als Rezipienten, nahmen die Informationen und emotionalen Botschaften also wahr, verbreiteten sie aber nicht über die sozialen Medien weiter. Es gab sicher unterschiedliche Typen der Nutzung: einerseits die sehr aktiven, andererseits die „Wohlfühlaktivisten“, die das Gefühl haben, Einfluss auszuüben, ohne mehr tun zu müssen als einer Facebook-Gruppe beizutreten. So können sich Sympathisanten und Aktivisten die Illusion politischer Partizipation erschaffen. Der Like-Button bei Facebook lädt dazu ein, sich vom Sofa oder Schreibtisch aus mit einem Klick an einer sozialen Bewegung zu beteiligen. So entsteht gefühlte bzw. symbolische Partizipation, die gleichwohl keine oder kaum Wirkung entfaltet.

Drittens – Es gab auch innerhalb der Protestbewegungen unterschiedliche Standpunkte, wie man effektiv politischen Einfluss ausüben kann. Grundsätzlich kann man zwei Ansätze unterscheiden: Der eine besteht darin, bei einer dezentralen, weniger organisierten, hierarchie-freien Form des Miteinanders bleiben zu wollen und den Bewegungscharakter aufrecht zu erhalten. Der andere verfolgte eine stärker parteiförmige Einflussnahme, die auch eine stärkere Strukturierung und Hierarchisierung bedeutete. „Überlebt“ haben im Sinne des letzteren Ansatzes in Spanien die Partei „Podemos“ und in Portugal die „Juntos Podemos“.

Isa Lange: In Ihrem Buch zur Studie (siehe am Ende des Interviews, Anm. d. Red.) schreiben Sie: „Derzeit sind überall auf der Welt partizipative Schübe zu beobachten.“ Am Anfang dieser Phase standen die Proteste in Tunesien, in der arabischen Welt beobachtet man unterschiedliche Resultate: Systemumbrüche und politische Neuanfänge in Tunesien und Ägypten, Bürgerkriege in Libyen und Syrien, autoritäre Kontrolle in Bahrain und Jemen. Internationale Aufmerksamkeit konnten die Aktivisten durch „massenhafte Ansammlungen auf zentralen Plätzen der Städte“ und „intensive Nutzung sozialer Medien“ erlangen. Kommunizieren, koordinieren, mobilisieren – ist das die Rolle von sozialen Medien in Protestbewegungen? Übernehmen sie eine organisatorische Aufgabe?

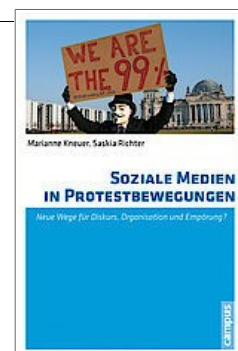
Marianne Kneuer: Unsere Untersuchung zeigt, dass soziale Medien in den Protestbewegungen von 2011 zu dem überwiegenden Anteil (40% Facebook, 42% Twitter) zur Verbreitung von organisatorischen Hinweisen genutzt wurde. Dazu gehören Hinweise auf Demonstrationen oder Aktionen, Informationen über Polizeieinsätze etc. Der Vergleich der Kommunikation von 2011 und 2012 zeigt, dass tatsächlich dieser Zweck 2011 im Vordergrund stand, denn 2012 ist der Anteil organisatorischer Posts deutlich geringer.

Isa Lange: Jeder kann mitlesen. Die „Guten“ und die „Bösen“. Wird das unterschätzt?

Marianne Kneuer: Ich glaube, dass Überschätzen das falsche Wort ist. Soziale Medien werden vielmehr zu einseitig beurteilt und damit falsch eingeschätzt. Nach dem Arabischen Frühling war man zu optimistisch. Es wurde nur die Möglichkeit gesehen, Autokratien unter Druck zu setzen. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Viele Beispiele haben inzwischen deutlich gemacht, dass nicht nur demokratisch gesinnte Oppositionen das Netz nutzen können, sondern auch radikale Gruppen, um ihre Botschaften zu verbreiten und zu mobilisieren. Je nach Anlass werden die Sozialen Medien und das Internet also nur einseitig wahrgenommen. Um mit digitalen Medien und ihren Wirkungen umgehen zu können, wird ein netzrealistischer Ansatz gebraucht; das heißt zunächst müssen wir die positiven und negativen Seiten des Internets zur Kenntnis nehmen, analysieren und die politischen Akteure müssen sich darauf einstellen. So wird nicht der Fehler begangen, einmal das Internet zu verteufeln und es ein anderes Mal in den Himmel zu heben.

Buchvorstellung „Soziale Medien in Protestbewegungen“

Welche Rolle spielen soziale Medien in Protestbewegungen? Dieser Frage gingen Prof. Dr. Marianne Kneuer und Dr. Saskia Richter im Jahr 2014 nach. Anlass für die Studie war die Beobachtung, dass der weltweiten Finanzkrise in 2011 Protestbewegungen in westlichen Demokratien folgten, die in mehr als 80 Ländern der Welt ein hohes Maß an Empörung auf die Straße brachten und zugleich intensiv soziale Medien nutzten,



sagt Marianne Kneuer, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim. Die Politikwissenschaftlerinnen haben Facebook- und Twitter-Postings von Aktivisten aus Spanien, Portugal, den USA, Großbritannien und Deutschland analysiert.

Soziale Medien in Protestbewegungen: Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung? Von Marianne Kneuer und Saskia Richter

Campus Verlag, 1. Auflage v. 11.6.2015

234 S., 29,90 €

ISBN-13: 978-3593503004

Pressemitteilung v. 21.1.2016

Isa Lange

Pressestelle

Universität Hildesheim

www.uni-hildesheim.de

gekürzt v. Red. Auswege